

Ulrich Wohland
Kampagnenberater
OrKa - Organisierung & Kapagnen
(0621) 415 009
ulrich.wohland@orka-web.de

März 2000

Solidarität mit dem Einkaufskorb

Wer ist der nächste? So titelte eine große Wochenzeitung nach den Boykottaktionen, die der Öl-Multi Shell vor einigen Jahren erlebte. Wochenlang hatten damals tausende von Autofahrern einen Bogen um die Tankstellen mit der gelben Muschel gemacht und bei der Konkurrenz ihren Tank gefüllt. Brent-Spar hieß der Anlass - eine Ölplattform, die in der Nordsee versenkt werden sollte. Der Protest der Vielen beim Tanken und einiger weniger in Schlauchbooten auf der stürmischen See, hatte Erfolg. Getroffen hat es seitdem eine Reihe anderer Firmen - wenn auch nicht so spektakulär wie bei der damaligen Greenpeace Aktion.

Viele Jahre früher hatten Schwarze in den Südstaaten der USA ein Jahr lang alle öffentlichen Verkehrsmittel boykottiert. Wenn in der rush-hour die Sitze in den Bussen knapp wurden, durften sich nur die Weißen setzen, die Schwarzen aber mußten stehen oder sogar ihre Sitze freimachen. Martin Luther King rief damals dazu auf, so lange keine Busse mehr zu benutzen, bis das Menschenrecht, wonach alle Menschen gleich sind, auch in den Bussen der Südstaaten verwirklicht werden würde. Kleine Ursache große Wirkung! Ein Jahr nach dem Boykottaufruf wurde die Apartheid in den Bussen aufgehoben und die amerikanische Bürgerrechtsbewegung nahm ihren Anfang. Wer wird der nächste sein? In USA wurden in der Folge des ersten Busboykotts viele Dutzende Male die öffentlichen Verkehrsunternehmen mit einem Boykott überzogen, zumeist mit Erfolg.

Auch in der Bundesrepublik wird seit der Greenpeace-Aktion immer wieder über Boykottaktionen diskutiert. Welche Macht haben wir an den Tankstellen, welche Macht in den Supermärkten? Immer mehr Menschen sind bereit, ihren Konsum an ethischen oder auch ökologischen Kriterien auszurichten. Immer mehr Menschen orientieren sich beim Kauf daran, ob Produkte ohne Kinderarbeit hergestellt werden - wie in der Teppichindustrie, ob Menschenrechte eingehalten oder gebrochen werden - wie z.B. in der Blumenindustrie. Ja, es läßt sich durchaus sagen, Boykottaktionen kommen in Mode, werden als Chance erkannt, ökologische, friedenspolitische und menschenrechtliche Forderungen durchzusetzen.

14 000 Menschen waren auf der Aktionärshauptversammlung anwesend, als der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Chrysler, Jürgen Schrempp, den Kritischen Aktionären und Aktionärinnen Rede und Antwort stehen mußte, warum unter dem guten Daimler-Stern Kriegswaffen ohne Ende und ganz besonders auch Landminen produziert werden. Die Produktion der Minen werde beendet, so die Antwort des Vorstandsvorsitzenden. Vorangegangen war die Androhung eines Boykotts im Rahmen der Kampagne Daimler-Minen-Stop.

Immer mehr Menschen sind bereit, auch große Unternehmen daran zu messen, ob die Manager nur auf hohe Rendite und ihre shareholder value achten oder ob sie auch Arbeitsplätze erhalten oder gar aufbauen. Die Arbeitslosen werden immer mehr und zu-

gleich steigen die Gewinne der großen Unternehmen. Entlassungen stehen an oder häufig genug sogar die Schließung ganzer Betriebe. Die klassische Waffe der arbeitenden Bevölkerung wird in dieser Situation stumpf. Einen Betrieb zu bestreiken, der geschlossen werden soll, macht wenig Sinn. Immer mehr Gewerkschafter besinnen sich deshalb auf ein Instrument der Gegenwehr, das innerhalb der Arbeiterbewegung eine große, wenn auch oft vergessene Tradition hat, den Boykott. Wenn ein Betrieb bestreikt wird, schmerzt dies den Unternehmer. Doch wenn gleichzeitig seine Produkte nirgendwo mehr verkauft werden, dann wird der Druck um ein Vielfaches verstärkt.

Das Instrument Boykott läßt sich, gut vorbereitet, vielfältig einsetzen. Die Gewerkschaft HBV hat sich hier in den vergangenen Jahren auf interessante Erfahrungen eingelassen. Als es 1994-95 darum ging, bei der Drogeriekette Schlecker Frauenrechte durchzusetzen und einen Betriebsrat zu installieren, waren es auch die Aktivitäten von Frauen-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen und das Engagement von Prominenten und vielen KonsumentInnen, die den Erfolg, den Aufbau starker Betriebsräte, ermöglichten. Damals ließ sich lernen: Boykott kann hilfreich sein, wo Belegschaften allein zu schwach wären, um einen Erfolg zu erkämpfen. Bei dem Kampf der 150 Frauen von Nanz in Nordbaden 1998 gegen die Zerschlagung ihres Betriebsrates, war es der vorausgegangene Boykott einer ganzen Region gegen den Edeka-Konzern, der sich mit einem nachfolgenden beeindruckenden, über sechs Wochen geführten Streik zu einer Macht entfaltete, die ein Streik allein schwerlich hätte entwickeln können. Bei dem Kampf um den Erhalt von 900 Arbeitsplätzen bei Schöpfung war es der Boykottaufruf, der den nötigen Druck auf die Konzernleitung des Quellekonzerns ausübte. Spätestens seit der Quelle/Schöpfung-Kampagne wurde klar, die Gewerkschaft HBV entdeckt für sich eine neue Form des Arbeitskampfes. Ohne die alten und erprobten Wege in Frage zu stellen, werden zunehmend neue Kampf-formen entwickelt.

Durch eine von der Öffentlichkeit unterstützten Kampagne und dem Druckmittel des Boykotts lassen sich eine Vielzahl von Gegenwehrmaßnahmen entwickeln. Ohnmacht ist überwindbar und eine neue Macht wird spürbar. Kurz nach der Quelle/Schöpfung-Kampagne begann der Boykott gegen die Citi-Bank, die 500 Streikende entlassen hat. Zunächst wurde die Auseinandersetzung regional mit Schwerpunkt im Ruhrgebiet geführt. Im Herbst 1999 folgte ein bundesweiter Boykottaufruf der Gewerkschaft HBV gegen die Citi-Bank. Zum ersten Mal seit dem Ende der Weimarer Republik hat eine Gewerkschaft wieder zum Mittel eines bundesweiten Boykotts als Arbeitskampf gegriffen.

Ja, aber ist denn das erlaubt - werden viele ungläubig fragen. Ja, es ist! Boykottaufrufe sind durch das Recht der freien Meinungsäußerung grundgesetzlich gedeckt. Drei Kriterien müssen eingehalten werden. Der Boykottaufruf darf nicht zum Wettbewerbsvorteil des Aufrufenden führen. Dies wäre z.B. der Fall, wenn Daimler-Chrysler zum Nicht-Kauf von BMW Automobilen aufrief. Auch darf niemand z.B. mit psychischer Gewalt daran gehindert werden, das boykottierte Konsumgut trotzdem zu kaufen. Drittens sollte der Adressat des Boykotts eine Person oder eine Firma sein, die für das bekämpfte Unrecht direkt verantwortlich ist. Bislang hat kein Gericht der Bundesrepublik einen Boykott untersagt, der diese Kriterien erfüllt hat – selbst dann nicht, wenn große ökonomische Einbußen des boykottierten Unternehmens zu erwarten waren. Diese Kriterien gelten für Boykottaufrufe durch Bürgerinitiativen wie den SoS-Kreis, aber auch durch Gewerkschaften, wie das Beispiel Citi-Bank-Boykott zeigt.

Entgegen der landläufigen Meinung gibt es durchaus verschiedene Arten von Boykottaktionen. So kann der totale Boykott aller Produkte eines Unternehmens ausgerufen werden, es besteht aber auch die Möglichkeit, nur ein oder einige wenige Produkte auf die Boykottliste zu setzen. Bei der Konzentration auf ein Produkt ergibt sich die Möglichkeit, ein symbolträchtiges Produkt zu boykottieren, z.B. Nahrungsmittel für Kinder, bei einer Firma, den Menschenrechte mit Füßen tritt. Durch die Einbeziehung immer weiterer Produkte läßt sich der Boykott allmählich eskalieren und so der Druck auf die boykottierte Firma allmählich erhöhen. Aber auch regional lassen sich die Boykottaktionen eskalieren, indem der Aufruf zunächst regional erfolgt und dann immer weitere Regionen einbezieht, bis hin zum bundesweiten Ausruf. Hierzu gehört auch die Ausweitung auf internationale Ebenen.

Immer mehr Menschen sind bereit, ihre Kaufentscheidungen auch an ethischen Gesichtspunkten auszurichten. Hier kann Solidarität praktisch werden und mit dem Einkaufskorb durchgeführt werden. Der Zusammenschluß zwischen der arbeitenden Bevölkerung und einer mit ihren Anliegen solidarischen Bevölkerung wurde bislang nur annähernd ausgeschöpft. Die Zukunft wird hier noch viele neue Erfahrungen bringen. Schöpflin war ein Meilenstein auf diesem Weg und jenes Unternehmen, das glaubt, es könne sich alles erlauben gegen die Gewerkschaft und gegen die eigene Belegschaft, kann schon das nächste sein.